

**NIEDERSCHRIFT**

20. Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen  
am Montag, 1. September 2008, Rathaus, Gobelinsaal

Beginn 15.00 Uhr  
Ende 16.55 Uhr

---

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Fischer (CDU)  
Ratsherr Löser (SPD) 15.00 - 16.45 Uhr  
Ratsherr Bindert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ratsherr Blickwede (SPD)  
Ratsherr Dette (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
(Ratsherr Ebeling) (CDU)  
Ratsfrau Edenhuizen (SPD) 15.00 - 16.50 Uhr  
Ratsherr Hellmann (CDU)  
Ratsherr Meyburg (FDP)  
Ratsherr Mineur (SPD)  
(Ratsherr Müller) (SPD)  
Ratsherr Politze (SPD)  
(Ratsherr Rodenberg) (SPD)  
Ratsfrau Seitz (CDU)  
(Ratsherr Sommerkamp) (CDU)

**Beratende Mitglieder:**

(Bezirksratsherr Dipl.-Ing. Fischer)  
Bezirksratsherr Dr. Hahn  
Herr Henke  
Frau Rolff-Tiefensee  
(Herr Siepe)  
(Frau Dipl.-Ing. Unterricker)

**Grundmandat:**

Ratsherr Krstic (DIE LINKE.) 15.00 - 16.45 Uhr  
Ratsherr Nikoleit (Hannoversche Linke)

**Verwaltung:**

Erster Stadtrat Mönninghoff	Wirtschafts- und Umweltdezernat
Frau Koebe	Wirtschafts- und Umweltdezernat
Frau van Schwartzenberg	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Frau Malkus-Wittenberg	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Frau Czorny	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Frau Hoffmann-Kallen	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Frau Goebel-Stadler	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Herr Dr. Kamieth	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Herr Gerhardt	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Herr Mädels	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

**Gäste:**

Herr Fuljahn	Bezirksbürgermeister Stadtbezirksrat
Misburg-Anderten	
Herr Dr. Molde	Fa. Ukon Umweltkonzepte

Tagesordnung:

1. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
2. Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses am 30.06.2008
3. Leistungsbericht 2008 für den Fachbereich Umwelt und Stadtgrün (Informationsdrucks. Nr. 1868/2008 mit 1 Anlage)
4. Durchführung einer Kampagne Energiesparberatung für Mieterhaushalte (Informationsdrucks. Nr. 1864/2008 mit 1 Anlage)
5. Parkranger (Informationsdrucks. Nr. 1777/2008 mit 1 Anlage)
6. Klimaschutzaktionsprogramm 2008 bis 2020 (Drucks. Nr. 1688/2008 mit 2 Anlagen)
7. Planfeststellungsverfahren „Ablagerung Asbestzementschlamm und Asbestzementscherben auf der Deponie Lahe“ (Drucks. Nr. 1825/2008 mit 2 Anlagen)
8. A N T R Ä G E
  - 8.1. Antrag der CDU-Fraktion zum Friedhof Nackenberg (Drucks. Nr. 1644/2008)
    - 8.1.1. Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU Fraktion zum Friedhof Nackenberg (Drucks. Nr. 1644/2008 S1)
9. B E B A U U N G S P L A N A N G E L E G E N H E I T E N

- 9.1. Bebauungsplan Nr. 1318 - Sondergebiet Podbielskistraße/Pasteurallee;  
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit  
(Drucks. Nr. 1494/2008 mit 3 Anlagen)
- 9.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1699 - Betten-Center Soltendieck,  
Auslegungsbeschluss  
(Drucks. Nr. 1667/2008 N1 mit 6 Anlagen)
10. B E R I C H T D E S D E Z E R N E N T E N
11. M I T T E I L U N G E N U N D A N F R A G E N

Zu Beginn der Sitzung gedachte der Ausschussvorsitzende Rats Herr Fischer Rats Herrn Garbe, der im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

#### **TOP 1.**

#### **EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE**

**Ein Einwohner** aus Kleefeld fragte, ob eine Petition für die Wiedereröffnung des Stadteifriedhofs Nackenberg eingereicht werden könne, falls der Rat der Landeshauptstadt Hannover die Wiedereröffnung des Friedhofes ablehne.

Des Weiteren fragte er, wie er erreichen könne, dass aus Umweltschutzgründen nachts auf der Karl-Wiechert-Allee kürzere Ampelphasen geschaltet werden.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** verwies hinsichtlich der Ampelphasen auf der Karl-Wiechert-Allee an den Bauausschuss. Zur Wiedereröffnung des Stadteifriedhofs Nackenberg erklärte er, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner das Recht habe, sich mit dem Anliegen an die im Rat vertretenden Parteien zu wenden. Daneben bestehe die Möglichkeit, zu dem Thema eine Petition einzureichen.

**Ein Einwohner** fragte im Bezug auf die geplanten Asbestablagerungen in der Deponie Lahe, wie mit asbesthaltigen Materialien umgegangen werde, die bereits seit 20 bis 30 Jahren in den Außenverkleidungen von Fassaden verarbeitet sind.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass Regelungen hierzu im Bundesimmissionsschutzgesetz vorhanden seien.

**Herr Dr. Kamieth** ergänzte, in Bezug auf die die Asbestablagerungen in Lahe, dass die belasteten Materialien bei der Auslagerung, Transport und Einlagerung nicht mit der Umgebungsluft in Berührung kommen. Asbesthaltige Fasern werden somit nicht freigesetzt.

#### **TOP 2.**

#### **Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses am 30.06.2008**

Genehmigt (mit 2 Enthaltungen)

### **TOP 3.**

#### **Leistungsbericht 2008 für den Fachbereich Umwelt und Stadtgrün (Informationsdrucksache Nr. 1868/2008 mit 1 Anlage)**

**Ratsherr Dette** fragte, ob die Sicherung und Sanierung von Altablagerungen tatsächlich wie geplant Ende des Jahres 2008 abgeschlossen sein werde.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass das Programm in den neunziger Jahren aufgelegt wurde und die Finanzierung der Maßnahmen aus der Abfallgebühr erfolgte. Da die Zuständigkeit nun bei der Region Hannover liege, werden die Projekte abschließend abgearbeitet. Die Stadt werde selbstverständlich auch in Zukunft tätig, wenn auf eigenen Flächen Altlasten auftreten.

**Ratsherr Meyburg** fragte, ob noch vorhandene Finanzmittel weiter für die Sanierung von Altlasten verwendet werden können.

**Herr Dr. Kamieth** erklärte, dass man mit den finanziellen Mitteln systematisch Altablagerungen untersucht habe, in denen hausmüllähnliche Anteile eingegangen sein könnten. Da keine weiteren Fälle gefunden wurden, in denen Sicherungs- und Sanierungsarbeiten erforderlich geworden wären, wurden die zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht ausgeschöpft und stünden nun der Region Hannover zur Verfügung.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** ergänzte, dass die Mittel auch nicht für andere Maßnahmen zur Verfügung standen, da diese aus den Abfallgebühren stammen und entsprechend zweckgebunden sind.

**Ratsherr Fischer** bedankte sich bei der Verwaltung für den vorgelegten Leistungsbericht.

Zur Kenntnis genommen

### **TOP 4.**

#### **Durchführung einer Kampagne Energiesparberatung für Mieterhaushalte (Informationsdrucksache Nr. 1864/2008 mit 1 Anlage)**

**Ratsherr Dette** lobte, dass den Mieterhaushalten eine Energieberatung angeboten, und zugleich 10 Langzeitarbeitslosen eine berufliche Perspektive als Energieberater eröffnet werde.

**Ratsherr Krstic** kritisierte, dass es effizienter wäre, Personen mit einem hohen Einkommen und Energieverbrauch, wie beispielsweise Swimmingpoolbesitzer, zu beraten, als vorwiegend Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II. Weiter kritisierte er, dass davon gesprochen werde, dass Geringverdiener eine „Hemmschwelle“ hätten, energiesparende Neugeräte zu kaufen. Dieser Personenkreis habe keine Hemmschwelle, sondern zu wenig Geld, um entsprechende Neuanschaffungen zu finanzieren. Des Weiteren sprach er sich erneut für einen Sozialtarif aus.

**Ratsherr Fischer** fragte, ob Energiesparlampen auch dann wirtschaftlich sinnvoll seien, wenn diese nur wenige Minuten täglich in Betrieb seien.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass es keine kommunale Aufgabe sei, einem Personenkreis mit einem hohen Einkommen eine Energieberatung anzubieten. Vielmehr wolle man zusammen mit der Region vorwiegend dem Personenkreis eine Energieberatung anbieten, der staatliche Transferleistungen bezieht. Das Projekt werde in Gebieten durchgeführt, in denen überproportional viele SGB II- und SGB XII-Empfänger wohnen; Zielgruppe seien jedoch alle Mieterinnen und Mieter in dem jeweiligen Stadtteil. Er teilte die Auffassung von **Ratsherrn Krstic**, dass einkommensschwache Personen meist aus finanziellen Gründen auf die Neuanschaffung eines energiesparenden Elektrogerätes verzichten. Es sei jedoch nicht möglich, dem entsprechenden Personenkreis einen Zuschuss für den Kauf eines Neugerätes zu gewähren. Zur Frage von **Ratsherrn Fischer** erklärte er, dass bei durchschnittlichen Einschaltzeiten eine Energiesparlampe sehr wirtschaftlich sei.

**Ratsherr Dette** wies darauf hin, dass es entgegen den Ausführungen von **Ratsherrn Krstic** seiner Meinung nach in Hannover nicht so viele Swimmingpoolbesitzer gebe, dass man diesem Personenkreis eine Energieberatung anbieten müsste. Weiter erklärte er, dass im Sozialen Kaufhaus gebrauchte Elektrogeräte in der Regel mehr Strom benötigen, als ein energieeffizientes Neugerät. Wünschenswert wären Spenden für Neugeräte, die dann dem Sozialen Kaufhaus zur Verfügung gestellt werden.

**Ratsherr Krstic** fragte, ob die eingesetzten hauptberuflichen Energieberater später von den Ein-Euro-Jobbern ersetzt werden. Weiter fragte er, ob die Energieberatung dazu führen könne, bei einem zu hohen Energieverbrauch Arbeitslosengeld II-Leistungen zu kürzen. Abschließend fragte er, ob es zutrefte, dass eine flächendeckende Energiesparberatung über 40 Jahre dauern würde.

**Ratsherr Mineur** wies darauf hin, dass es wichtig sei, dass Energieberater mit einem Arbeitslosengeld II-Hintergrund die Beratungen durchführen, da diese durch die ähnlichen eigenen Erfahrungen sensibilisiert mit diesem Personenkreis umgingen.

**Ratsfrau Seitz** fragte, was mit den zusätzlich qualifizierten Energiesparberatern passiere, wenn das Projekt abgeschlossen sei. Weiter fragte sie, welche Stadtteile außer Hainholz und Stöcken künftig noch für das Projekt vorgesehen seien.

**Ratsherr Dette** erklärte, dass durch die von den Hartz IV-Empfängern erworbene Zusatzqualifikation als Energieberater kein hauptberuflicher Energieberater arbeitslos werde.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass man 10 arbeitslosen Personen die Möglichkeit biete, eine Qualifikation als Energieberater zu erwerben. Da Energieberatung ein zurzeit boomendes Marktsegment sei, steigen durch die zusätzliche Qualifizierung die Chancen auf dem Ersten Arbeitsmarkt. Das Qualifizierungsprogramm sei zudem mit der Arbeitsverwaltung abgestimmt. Weiter erklärte er, dass die Region Bedürftigen in jedem Fall die üblichen Regelleistungen gewähre, auch was die Energiekosten betreffe. Wer mehr verbräuche, als angemessen sei, müsse künftig – beispielsweise durch eine Energiesparberatung – nachweisen, dass er/sie sich um eine Kostensenkung bemüht habe. Des Weiteren erklärte er, dass im ersten Jahr 1500 Haushalte beraten werden sollen. Anschließend werde man prüfen, ob die Beratungen tatsächlich zu Energieeinsparungen führten.

**Ratsfrau Seitz** fragte, ob nach einem Jahr ein entsprechender Bericht vorgelegt und das Projekt beendet werde, wenn der gewünschte Erfolg ausbliebe.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** bestätigte dies.

**Ratsfrau Seitz** erklärte, dass es auch sinnvoll sei zu erfahren, ob Mieter, die keine Sozialleistungen beziehen, künftig Energie einsparen.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass das Angebot der Energieberatung für alle Mieterhaushalte in Hainholz und Stöcken gelte. Im vorzulegenden Bericht werde eine entsprechende Differenzierung vorgenommen.

**Ratsherr Nikoleit** fragte, wie hoch bei einem Vier-Personen-Haushalt der prozentuale Anteil des Gasverbrauchs für das Kochen gegenüber dem Heizen sei.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** führte aus, dass der prozentuale Anteil des Kochens unter 10 Prozent betrage.

Zur Kenntnis genommen

#### **TOP 5.**

##### **Parkranger**

**(Informationsdrucksache Nr. 1777/2008 mit 1 Anlage)**

Zur Kenntnis genommen

#### **TOP 6.**

##### **Klimaschutzaktionsprogramm 2008 bis 2020**

**(Drucks. Nr. 1688/2008 mit 2 Anlagen)**

Auf Wunsch der FDP in die Fraktionen gezogen

#### **TOP 7.**

##### **Planfeststellungsverfahren „Ablagerung Asbestzementschlamm und**

**Asbestzementscherben auf der Deponie Lahe“**

**(Drucks. Nr. 1825/2008 mit 2 Anlagen)**

**Herr Bezirksbürgermeister Fuljahn** fragte, wie die Verwaltung nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens weiter verfahren werde und ob der Rat die Einlagerung des Asbestzementschlammes beschließen werde.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erläuterte, dass nicht die Stadt das Verfahren genehmige, da das Planfeststellungsverfahren vom Gewerbeaufsichtsamt geführt werde und die Region die Antragstellerin sei. Die Stadt werde sowohl als Träger öffentlicher Belange sowie auch als Kommune zu dem Verfahren Stellung nehmen. Die Anhörung über diese Stellungnahmen findet am 19.09.2008 statt. Die Stellungnahme werde auf Basis des externen Gutachtens abgegeben. Er wies darauf hin, dass die bestehenden Termine vom Gewerbeaufsichtsamt vorgegeben seien.

**Herr Bezirksbürgermeister Fuljahn** forderte die Verwaltung auf, die Gremien ordnungsgemäß an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** wies darauf hin, dass die endgültige Entscheidung im Verwaltungsausschuss falle.

**Ratsherr Mineur** erklärte, dass es falsch sei, über die Drucksache zu beschließen, bevor die Änderungsanträge in die Bezirksräte eingebracht worden sind. Er schlug vor, die Drucksache daher formal zu behandeln.

**Ratsherr Dette** schlug vor, die Drucksache am 17.09.2008 in einer gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses und des Bauausschusses zu behandeln. Diesem Vorschlag schlossen sich die anwesenden Mitglieder an.

Vertagt bis zur gemeinsamen Sitzung mit dem ABau am 17.09.2008

## **TOP 8. A N T R Ä G E**

### **TOP 8.1. Antrag der CDU-Fraktion zum Friedhof Nackenberg (Drucks. Nr. 1644/2008)**

**Ratsfrau Seitz** erklärte, dass die Verwaltung den Auftrag, mit der evangelisch-lutherischen Petrigemeinde eine einvernehmliche Lösung für die Übernahme des Stadteifriedhofs Nackenberg zu finden, nicht erfüllt habe.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass in der Drucksache 2403/2007 dargelegt wurde, dass trotz intensivster Bemühungen keine Einigung mit der Kirchengemeinde erzielt werden konnte, da die Kosten aus Sicht der Verwaltung nicht gleichmäßig verteilt würden.

**Ratsfrau Seitz** fragte, wie viele Beisetzungen auf dem Friedhof Nackenberg denkbar wären.

**Frau van Schwartzberg** antwortete, dass es etwa 30 Beisetzungen pro Jahr seien.

**Ratsfrau Seitz** fragte, wie sich die Anzahl der Beisetzungen auf den städtischen Friedhofshaushalt auswirken.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass dazu in früheren Drucksachen ausführlich Stellung genommen wurde. Werde ein Präzedenzfall geschaffen, führe dies zu Einnahmeverlusten, da dann auch anderen Betreibern von Friedhöfen gestattet werden müsse, Bestattungen in eigener Regie durchzuführen.

**Ratsfrau Seitz** erklärte, dass die Interessen der Anlieger und des Friedhofsbetreibers nicht pauschal aus Gründen eines erwarteten Einnahmenrückgangs unberücksichtigt bleiben dürfen.

**Ratsherr Fischer** erklärte, dass es ihm persönlich wichtig sei, dass im Rat über den Antrag entschieden werde. Des Weiteren sei ihm bekannt, dass der Kirchenvorstand die Vorschläge der Verwaltung zur Kenntnis genommen, aber nicht, wie in der Stellungnahme

der Verwaltung dargelegt, den Vorschlägen zugestimmt habe. Von Seiten der Kirchengemeinde sei lediglich gefordert worden, dass die Stadt einen Kostenanteil nur für denkmalgeschützte, nicht aber für alle Gebäude übernehmen solle. Die Kirchengemeinde habe ihm ausdrücklich versichert, dass es keinerlei Anzeichen dafür gebe, dass mit einer Öffnung des Friedhofs ein Präzedenzfall geschaffen werde. Insgesamt habe er den Eindruck, dass die Entscheidung gegen die Öffnung des Friedhofs aus ideologischen Gründen erfolgte.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** wies darauf hin, dass zusammen mit der Kirchengemeinde ein Kompromiss zur Kostenverteilung gefunden; dieser jedoch später vom Stadtkirchenverband abgelehnt worden sei. Ein neuer Vorschlag des Stadtkirchenverbandes zur Kostenverteilung wurde von der Verwaltung abgelehnt, da dieser finanzielle Risiken der Kirchengemeinde auf den allgemeinen Gebührenzahler verlagerte. Eine ideologische Motivation sei somit nicht Grund für diese Ablehnung.

**Ratsherr Fischer** betonte, dass der verwendete Ausdruck „ideologisch“ nicht negativ gemeint war.

Abgelehnt mit 4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen

#### **TOP 8.1.1.**

**Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU Fraktion zum Friedhof Nackenberg  
(Drucks. Nr. 1644/2008 S1)**

Zur Kenntnis genommen

#### **TOP 9.**

#### **BEBAUUNGSPLANANGELEGENHEITEN**

##### **TOP 9.1.**

**Bebauungsplan Nr. 1318 - Sondergebiet Podbielskistraße/Pasteurallee;  
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit  
(Drucks. Nr. 1494/2008 mit 3 Anlagen)**

Einstimmig

##### **TOP 9.2.**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1699 - Betten-Center Soltendieck,  
Auslegungsbeschluss  
(Drucks. Nr. 1667/2008 N1 mit 6 Anlagen)**

Einstimmig

#### **TOP 10.**

#### **BERICHT DES DEZERNENTEN**



**Erster Stadtrat Mönninghoff** informierte darüber, dass Herr Dr. Kamieth als Nachfolger von Frau Ritschel neuer Bereichsleiter des Bereichs Forsten, Landschaftsräume und Naturschutz ist.

**Frau van Schwartzberg** informierte darüber, dass am 20.09.2008 der „Tag des Friedhofs“ stattfindet. Des Weiteren findet vom 23.-26.10.2008 ein Workshop zum Thema „Grüne Mitte Hainholz“ statt. Zu dieser Veranstaltung werden noch gesonderte Einladungen versandt.

## TOP 11.

### MITTEILUNGEN UND ANFRAGEN

**Ratsherr Meyburg** fragte, warum der Rat vor dem Beschluss der Umweltzone nicht darüber informiert wurde, dass das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt bereits am 29.06.2007 mitteilte, dass die zulässige Feinstaubbelastung in Hannover im Jahr 2006 statt an den von der Verwaltung angegebenen 54 Tagen nur an 27 Tagen überschritten wurde. Des Weiteren fragte er, warum diese Werte bislang nicht von der Verwaltung korrigiert wurden.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** wies darauf hin, dass eine entsprechende Stellungnahme bereits an die Fraktionen versandt wurde. In den letzten 10 Jahren gab es Abweichungen zwischen den kontinuierlichen Messungen und den Punktmessungen. Es sei auffallend, dass seit der letzten Messung eine rechnerische Halbierung der Überschreitungstage eingetreten sei. Eine erhebliche Verbesserung der Luftqualität in Hannover könne daraus jedoch nicht hergeleitet werden. Er kritisierte, dass das Niedersächsische Umweltministerium die Kommunen über geänderte Daten nicht informiere.

**Ratsherr Meyburg** erklärte, dass aus den Messwerten sehr wohl eine relativ gute Luftqualität in Hannover abgeleitet werden könne. Dieses sei jedoch kein Erfolg der Umweltzone.

**Bezirksratsherr Dr. Hahn** fragte, wie in den letzten Jahren die NOx-Werte aussahen.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** sagte hierzu die schriftliche Beantwortung zu.

Die Mitglieder des Ausschusses erhielten ein Schreiben des Ersten Stadtrats Mönninghoff über den Verlauf der NOx-Werte; das Gutachten „Feinstaubminderung durch die Umweltzone Hannover“ des Gewerbeaufsichtsamtes sowie eine Richtigstellung der im Ausschuss versehentlich fehlerhaft zitierten Werte aus diesem Gutachten.

**Frau Goebel-Stadler** berichtete über den Sachstand bezüglich der belasteten Flächen am Riedel-de-Haën-Platz. Ab Ende September 2008 sollen 200 Quadratmeter öffentliche Flächen saniert werden. Den Privateigentümern von vier anliegenden Flächen wurde angeboten, dass diese Flächen im Rahmen der Kostenteilung ebenfalls Mitsaniert werden.

**Ratsfrau Seitz** fragte, ob der Stadt Hannover Regressforderungen von Dritten drohen, da laut einem Zeitungsartikel die Stadt und die Region offensichtlich schon früher Kenntnis über die belasteten Flächen hatten.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass keine Regressforderungen drohen. So habe man im Rahmen einer Recherche festgestellt, dass beim Bau des Spielplatzes der Boden komplett ausgetauscht wurde. Sowohl die Stadt als auch die Region konnten aus den

Resultaten des vorhandenen Gutachtens nicht auf eine besondere Gefahrenlage für die Anwohner schließen.

**Ratsfrau Seitz** fragte, ob es richtig sei, dass es in Hannover 20.000 Altlastenstandorte gebe.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass eine systematische Erfassung aller Flächen in Hannover ergeben habe, dass es etwa 20.000 Verdachtsflächen gebe. Durch diese weit reichende Erfassung sei man in der Lage festzustellen, auf welchen Flächen sich früher beispielsweise chemische Reinigungen oder Tankstellen befunden haben. Diese Flächen seien vorsorglich als Verdachtsflächen ausgewiesen. Bei Neubauten oder Grundstücksankäufen werde automatisch abgefragt, ob die entsprechende Fläche potenziell belastet sei. Diese Abfrage könne bei berechtigtem Interesse auch durch Privatpersonen erfolgen. Entsprechende Ersuchen sollten aber grundsätzlich über die Region gestellt werden, da diese die Aufgaben der unteren Bodenschutzbehörde wahrnehme.

**Ratsherr Dette** regte an, dass die Stadt Bauherren im Rahmen von Bauanträgen darauf hinweise, dass es die Möglichkeit gebe, auf das Verdachtsflächenkataster zurückzugreifen. Er fragte, wie tief in die belasteten Flächen der betroffenen Anlieger am Riedel-de-Haën-Platz gegraben werde.

**Frau Goebel-Stadler** erklärte, dass zwischen 30 Zentimetern bis 1,30 Meter gegraben werde.

**Frau Czorny** ergänzte, dass automatisch bei jedem Bauantrag geprüft werde, ob eine Altlast vorhanden sein könnte. Der Bauherr werde informiert, wenn mit einer Altlast zu rechnen sei.

**Bezirksratsherr Dr. Hahn** fragte, ob es Erkenntnisse darüber gebe, an welchen anderen Stellen im Stadtgebiet mit radioaktiv belasteten Flächen zu rechnen sei.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass man nicht wisse, an welchen Stellen im Stadtgebiet vor über hundert Jahren mit radioaktiven Stoffen gearbeitet wurde, weil dieses zur damaligen Zeit nicht systematisch erfasst wurde.

**Bezirksratsherr Dr. Hahn** erklärte, dass seiner Meinung nach die Möglichkeit bestünde, zu prüfen, ob damalige größere Betriebe potentiell mit radioaktiven Stoffen arbeiteten.

**Ratsherr Nikoleit** fragte, ob eine potentielle Altlast ins Grundbuch eingetragen werden könne.

**Erster Stadtrat Mönninghoff** erklärte, dass das Grundbuch nur amtlich festgestellte Sachverhalte nach Maßgabe der Grundbuchordnung enthalte. Jeder Käufer eines Grundstücks habe die Möglichkeit, auf Wunsch einen Auszug aus dem Altlastenkataster zu erhalten.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Fischer beendete die Sitzung um 16.55 Uhr.

Mönninghoff

Mädel

Erster Stadtrat

Für die Niederschrift